
Antrag

der Fraktion Die Linke

Echte Teilhabe statt systemischem Ausschluss: Barrieren im Sport durch Assistenzfonds, Gebärdensprachdolmetschung und Partizipation überwinden!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einen niedragschwelligen, personenzentrierten „Fonds für Assistenz“ einzurichten.

Die Finanzierung von zwei Vollzeitäquivalent-Stellen für Dolmetschende für Deutsche Gebärden- und Lautsprache beim Landessportbund Berlin durch Zuwendungen ist sicherzustellen. Dies ist als staatliche Verpflichtung zum Abbau systemischer Kommunikationsbarrieren anzuerkennen.

Es müssen verbindliche Strukturen für eine partizipative Zusammenarbeit zwischen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und dem Berliner Behindertenparlament, insbesondere dessen Fokusgruppe „Freizeit und Sport“, bei allen relevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen zur Inklusion im Sport etabliert werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2025 über die Umsetzung des Beschlusses zu berichten.

Begründung

Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben, einschließlich des Sports, ist ein grundlegendes soziales Recht, das aktiv durch den Staat gefördert und gesichert werden muss. Die bisherigen Maßnahmen und Antworten des Senats, wie in der Stellungnahme des Behindertenparlaments dargelegt, greifen zu kurz und verkennen die strukturelle Natur vieler Barrieren.

Ein Assistenzfonds ist notwendig, da bestehende Leistungsstrukturen oft bürokratisch, langwierig und nicht alle Bedarfe abdecken. Er ermöglicht eine niedrighschwellige, selbstbestimmte Teilhabe.

Kommunikation ist eine Grundvoraussetzung für Teilhabe. Der systemische Ausschluss tauber Menschen durch fehlende Verdolmetschung ist nicht hinnehmbar. Die Finanzierung von Dolmetschenden ist eine staatliche Pflicht gemäß dem Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG) sowie der Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache und keine Aufgabe, die auf die Selbstverwaltung des Sports abgeschoben werden darf.

Echte Inklusion erfordert die strukturelle Einbindung der Expertise von Menschen mit Behinderungen selbst ("Expert*innen in eigener Sache"). Eine partizipative Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist unerlässlich, um Maßnahmen bedarfsgerecht zu gestalten und die bisherige mangelnde Wertschätzung zu überwinden. Die unzureichenden Antworten des Senats und die fehlende Bereitschaft, Verantwortung klar zu benennen, machen diese verbindlichen Schritte notwendig.

Berlin, den 27.05.2025

Helm Schulze Ronneburg Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke